

Bezugspreis:
Monatlich in Neuenbürg RM. 1,50.
Durch die Post im Orts- und Ober-
amtsbezirk, sowie im sonstigen in-
ländischen Vertriebsgebiet RM. 1,80 mit
Postgebühren. Preis einer Nummer 10 Pf.
In Fällen höherer Steuer besteht
kein Anspruch auf Erstattung der
Zinsen oder auf Rückerstattung
des Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle Post-
stellen, sowie Agenturen und
Kaufleute jederzeit entgegen.
Gesamtpreis Nr. 4.
Vertrieb Nr. 24 bei der Oberamts-
Poststelle Neuenbürg.

Der Enztäler

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg

Druck und Verlag der Nech'schen Buchdruckerei (Inhaber Fr. Biesinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Biesinger in Neuenbürg.

Anzeigenpreis:
Die einseitige Zeile über
deren Name 25 Pf., Nebenzeile
20 Pf., Kleinzettelanzeigen 100 Pf.,
Zusatz 20 Pf., bei größeren
Aufträgen Rabatt, der im Falle
des Mahnerfahrens häufig
wird, ebenso wenn die Zahlung
nicht innerhalb 4 Tagen nach Ver-
rechnung erfolgt. Bei Zeitungs-
anzeigen treten sofort alle früheren
Vereinbarungen außer Kraft.
Berichtszeit für beide Teile ist
Neuenbürg. Für Zeitungs-
anzeigen wird keine Gewähr übernommen.
Erscheint täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Feiertage.

Nr. 66 Freitag den 20. März 1931 89. Jahrgang

Gröner über die Wehrmacht

Berlin, 19. März. Im Reichstag wurde am Donnerstag der Beschlusstext über die Entschädigung der gewerkschaftlichen Streikvermittler endgültig in der Fassung der zweiten Lesung angenommen. Die Zollvorlage wurde dem handelspolitischen Ausschuss überwiesen. Im übrigen wurde die Sitzung mit der Beratung des Wehrhaushalts ausgesetzt, die so gefördert wurde, daß etwa am Freitag mittag die Abstimmungen erfolgen können.

Berlin, 19. März. Im Reichstag nahm heute bei der Beratung des Wehrhaushalts Reichswehrminister Dr. Gröner das Wort und erinnerte an seinen im vorigen Jahr ausgesprochenen Wunsch, daß die Einkellung der Wehrmacht möglichst wenig von parteipolitischen Gesichtspunkten beeinflusst werden möge und daß die Tätigkeit der Wehrmacht die Zustimmung aller staatsverhaltenden Parteien finden möge. Mit Dank und Freude könne er heute feststellen, daß die Verhandlungen im Haushaltsausschuß die Erfüllung dieses Wunsches gebracht hätten. Alle Parteien mit Ausnahme der Kommunisten hätten sich in so warmer und zustimmender Weise zur Wehrmacht geäußert, daß diese Anerkennung das schönste Geschenk für die Reichswehr zu ihrem zehnjährigen Bestehen sei.

Der Minister ging dann auf die politische Einstellung der Wehrmacht ein. Die Wehrmacht wird von Parteien und Richtungen der verschiedensten Art umworben, um sie zu zerlegen und dann für ihre Zwecke zu gebrauchen. Ein Erfolg dieser Bemühungen würde Bürgerkrieg und Chaos im Gefolge haben. Ich kann deshalb nicht ernst genug warnen und an das Verantwortungsgewissen aller derjenigen appellieren, die Deutschlands Wiederaufstieg wollen. Disziplin und Staatsgehörigkeit sind in der Wehrmacht sehr verankert. An diesem Glauben können mich auch Vorkommnisse, wie sie zum Leipziger Prozeß haben, nicht irren machen. Man kann durchaus darüber streiten, ob dieser Prozeß dem Ansehen der Wehrmacht schadet oder ob er nicht vielmehr reinigend gewirkt und das Vertrauen zur Wehrmacht gehärtet hat. Ueber die Frage, ob der Prozeß notwendig war oder nicht, sollte es aber keine Meinungsverschiedenheiten geben. Das ist eine reine Rechtsfrage, und der Satz, daß die Gerechtigkeit das Fundament eines jeden Staates ist, gilt für niemand mehr, wie für eine überparteiliche, auf das Vertrauen aller Kreise angewiesenen Organisation, wie es die Wehrmacht ist. Die Disziplinarevidenz ist in erster Linie an dem wenig ehrenhaften Verhalten der beteiligten Offiziere gescheitert. Auch nach den Ereignissen, die unter dem Namen Buchruder und Dittler-Buchsch bekannt sind, hat der damalige Chef der Wehrverwaltung mit äußerster Schärfe durchgegriffen und eine besondere Untersuchungskommission eingesetzt, die ihre Untersuchungen selbst auf alle Vorgesetzten bis in die höchsten Stellen ausdehnen mußte. Der Prozeß hätte auch derartige Stellen nicht geschlagen, wenn man keine sensationelle Veröffentlichung eine im wesentlichen parteipolitischen Zwecken dienende Veröffentlichung hätte vermeiden können. Der letzte Erlaß des Chefs der Wehrverwaltung kann sachlich nicht beanstandet werden. Man kann nur darüber streiten, ob statt der Verfügung, die lediglich eine Warnung sein sollte, lieber ein Exempel statuiert und ohne Warnung mit der Entziehung der Uniform hätte vorgegangen werden sollen. Ich bin der Ansicht, daß zunächst eine Warnung am Platz war und daß die 50 Prozent der ehemaligen Offiziere, die durchaus loyal und bei ihrer Arbeit maßvoll sind, sich durch diese Verfügung in keiner Weise verletzt zu fühlen brauchen. Der Minister verliest den Brief einer ehemaligen Offiziers, der lange Jahre im Militärkabinett des Kaisers diese Fragen bearbeitet habe und der dem Chef der Wehrverwaltung schreibt, daß er der Meinung der Nationalsozialisten über die Offiziere völlig verständnislos gegenüberstehe. Der Erlaß habe durchaus auf dem Boden der Ansehen, die auch im alten Heere für das Verhalten ausgeübter höherer Offiziere festgehalten und als vornehmstes Gebot erforderlicher Zurückhaltung verlangt wurden.

Als letztes Kapitel behandelt der Minister die Abrüstungsfrage. In dieser Frage ist sich ganz Deutschland infolgedessen einig, als wir alle von der Abrüstungskonferenz volle Gleichberechtigung erwarten und auf der Erfüllung unseres guten Rechtes bestehen werden. Der in der letzten Genfer Tagung festgestellte Konventionssatz dient der Verhinderung und Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Mißverhältnisses der europäischen Mächten. Man sollte sich im Ausland vor der Illusion hüten, daß es möglich sei, die psychologischen Auswirkungen der Behandlung der Abrüstungsfrage für das deutsche Volk außer Acht zu lassen. Wenn der Bereitschaft zur Verständigung, die durch viele und schwerwiegende Opfer von Deutschland unter Beweis gestellt wurde, immer wieder die Forderung auf einseitige Entwaffnung gegenübergestellt wird, dann kann eine solche Behandlung nicht ohne Auswirkungen auf den Willen und Glauben an die Möglichkeit einer Verständigung bleiben. Was die angeblichen Geheimrüstungen betrifft, so bin ich überzeugt, daß die Verkünder solcher Nachrichten im Ausland an dieses Märchen selbst nicht glauben. Das trübe an diesem Kapitel bleibt aber die Tatsache, daß diese Kreise des Auslandes zum größten Teil ihr Material von Deutschen beziehen, deren Triebfeder entweder fanatischer Haß gegen alles Militärische oder gewinnliche Gewinnlust ist. Ich habe nicht an, zu erklären, daß ich außerordentliche Maßnahmen gegen diese Staatsverleumdung für erforderlich halte und daß beim Reichskabinett bereits beantragt habe. Es ist ein Lebensrecht des Staates, sich gegen Verleumdungen zu schützen, die seinem Ansehen im Ausland den größten Schaden zufügen. Geheimrüstungen gibt es nicht. Ich habe aber nie

ein Wort daraus gemacht, daß wir alle Maßnahmen zum Schutz unserer Grenzen treffen, soweit uns das unsere schwachen militärischen Kräfte und die uns anerkennend vertraglichen Bindungen erlauben und ich bin fest überzeugt, daß sich zur Verteidigung der Grenzen alle Kräfte unseres Vaterlandes ebenso zusammenschließen werden, wie in der Vertretung unseres vertraglichen und moralischen Rechtes auf Abrüstung. (Beifall.)

An die Rede des Reichswehrministers knüpfte sich eine sehr ausgedehnte Debatte. Der Kommunist Rippenberg glaubte einen besonderen Triumph auszuspielen zu können dadurch, daß er eine Erklärung des in Leipzig verurteilten Ulmer Reichswehr-offiziers Scheringer verlas. In ihr begründet Scheringer seinen Uebergang von den Nationalsozialisten zu den Kommunisten.

Reichswehrminister Gröner zum Schiffbauersplan

Berlin, 19. März. Reichswehrminister Gröner ergriff im Verlauf der Etatsdebatte am Donnerstag noch einmal das Wort und erklärte zum Schiffbauersplan, es sei unverständlich, warum der Erlaß des überalterten Schiffbauers sich zu einer politischen Streitfrage entwickelt habe. Ich könnte unmöglich an meinem Pläne bleiben, wenn dieser sachlich notwendige Erlaß abgelehnt würde. Ich bin kein kritischer Flottenwärmer, aber eine aktionsfähige, wenn auch kleine deutsche Flotte ist von ganz entscheidender Bedeutung für unsere Stellung in der Ostsee, wobei ich gar nicht einmal an kriegerische Auseinandersetzungen denke. Es ist ganz absurd, wenn Deutschlands Marinebauern als ein Hindernis für die Seebefähigung bezeichnet werden. Nach dem neuen Marineabkommen werden 1936 an Marine-Tonnage haben England 1.137.200 Tonnen, Frankreich 670.720 Tonnen, Italien 141.250 und Deutschland nur 164.000 Tonnen (Hörst, Hörst). Nach dem Versailles Vertrag kann Deutschland nicht eine einzige Kanone mehr beschaffen, wenn es auf die Marinebauern verzichtet. Wir können also auf diese Bauten nicht verzichten. Auf meinen ausdrücklichen Wunsch ist dem Haushaltsplan ein Schiffbauersplan beigegeben, weil die Marine nur bei einem planmäßigen Ausbau leistungsfähig erhalten werden kann. Es muß die Möglichkeit vorhanden sein, die Einrichtungen der Werften gleichmäßig auszunutzen. Daß die Schiffbauern auch bemann werden können, kann keinem Zweifel unterliegen. Der Minister spricht zum Schluß die Bitte aus, auch den Marinebauern nur nach sachlich vaterländischen Gesichtspunkten zu beurteilen. (Beifall.)

Die Abstimmungen über den Wehrhaushalt und den Marinehaushalt werden voraussichtlich Freitag mittag stattfinden.

Reichskabinett und Sozialdemokratie Entspannung der Lage

Berlin, 19. März. In parlamentarischen Kreisen herrscht heute stark der Eindruck vor, daß sich die politische Lage unter dem Einfluß des gestrigen Beschlusses der Sozialdemokraten immerhin entspannt hat. Das gilt wenigstens für die Steuerfragen. Man rechnet jetzt so, daß die Einkommensteuer zulande kommt, dagegen die beiden übrigen Steuerforderungen der Sozialdemokratie, die gewiß auch im Reichstag eine Mehrheit finden werden, vom Reichsrat abgelehnt werden. Der Reichskanzler hat die Sozialdemokraten offenbar deutlich ermahnen lassen, daß er seine bisherige Linie in den Steuerfragen weiterzugeben beabsichtigt und unter allen Umständen einen Einspruch des Reichsrats gegen die Vermögens- und Einkommensteuervorschläge herbeiführen werde. Für die Sozialdemokraten handelt es sich in erster Linie um die großen politischen Gesichtspunkte, die der „Vorwärts“ am Donnerstag morgen noch einmal auseinandergesetzt hat, und sie werden sich deshalb mit dieser Entwicklung abfinden. Dagegen hoffen sie in der Frage der Ermächtigung für landwirtschaftliche Zölle eine Lösung herbeizuführen, die auch ihren Wünschen bis zu einem gewissen Grade Rechnung trägt. Außerdem ist aber noch keine Einigung über die Dauer der Reichstagsvertretung erzielt worden. Wie verstanden, vertritt der Reichspräsident selbst den Standpunkt, daß eine Dauertagung praktisch gar nicht möglich ist, weil eine Wehrzeit des Reichstags die Wieder-eröffnung zu jedem beliebigen Zeitpunkt herbeiführen muß. Man hatte in den letzten Tagen auch den Gedanken erwohnen, daß die Wiedereröffnung nur im Einvernehmen mit der Regierung erfolgen sollte. Diese Lösung wird in sozialdemokratischen Kreisen aber als nicht verfassungsmäßig bezeichnet, da der Reichstag fortwährend ist. Ueber diese Dinge wird also in den nächsten Tagen noch verhandelt werden.

Aufruf des Reichspräsidenten zur Abstimmungsfeier in Oberschlesien

Berlin, 19. März. Der Herr Reichspräsident hat zur Abstimmungsfeier in Oberschlesien den folgenden Aufruf erlassen:

Am 10. Jahrestage der Abstimmung in Oberschlesien gedenkt das deutsche Volk in Dankbarkeit der Tugend derer, die in einer Zeit bitterer Not und schwerer Bedrängnis das Verbleiben zu ihrer deutschen Heimat abgelehnt haben. Zehn Jahre harter und schwerer Widerstandsbauarbeit sind gefolgt; sie waren getragen und gefördert von dem unerbittlichen Bewußtsein der Pflichterfüllung, die das sicherste Unterpfand für die Zukunft unseres Vaterlandes ist. (Bez.) v. Hindenburg.

Der kommende Luftverkehr

Ab 1. April wird die Strecke Berlin-Rom zusammen mit der italienischen Luftverkehrs-Gesellschaft „Avio Linea“ aufgenommen, und zwar derart, daß die Reisenden von Berlin den Nachschneezug nach München nehmen und dort in das Flugzeug nach Rom steigen. Weiter wird eine direkte Fluglinie München-Venedig eingerichtet werden. Die Postfrachtdienstleistungen nach Konstantinopel, die noch im vergangenen Jahre in Wien ihren Ausgangspunkt hatten, beginnt jetzt bereits in Breslau, wo der Nachschneezug aus Berlin für die Nachbeförderung abgewartet wird. Die Frachtdienstleistungen Stockholm-Kopenhagen-Dannover-Amsterdam soll in diesem Jahre während vier Monaten befristet werden, wobei Anschlüsse nach London, Paris und Berlin eingerichtet werden. Berlin und München erhalten pro Tag zwei Verbindungs-möglichkeiten. Die wichtigste Neuerung ist die geplante Einrichtung des Aerobus nach amerikanischem Muster, und zwar tritt diese Neuerung auf der sogenannten Rheinlinie zwischen Köln und Frankfurt in Kraft. Es ist geplant, die Flugzeuge zu jeder vollen Stunde starten zu lassen, um ähnlich wie in New York und Washington, täglich acht Flugzeuge in beiden Richtungen verkehren zu lassen. Auch eine Reduzierung der Preise ist vorgesehen. Der Flugkilometer kostet jetzt im innerdeutschen Verkehr 13 Pfennig, auf den internationalen Strecken dagegen 15 Pfennig.

In diesen Tagen wird auch das Großflugzeug Junkers „G 38“ auf der Strecke Berlin-London eingesetzt werden. Im Fracht- und Postverkehr wird der Junkers Hochmotor erprobt, der seine Prüfung in der Versuchsanstalt hinter sich hat.

Die Erklärung Scheringers

Berlin, 19. März. Die Erklärung des Reichswehrleitnants Scheringer, die durch den kommunistischen Abgeordneten Rippenberger heute im Reichstag verlesen wurde, ist sehr ausführlich und sehr radikal. Es heißt darin: „Das Kampfbild der revolutionären deutschen Jugend ist die Vertreibung des deutschen Volkes. Vertreibung heißt: Veseitigung des kapitalistischen Systems und Zerrichtung der Friedensdiktate von Versailles bis Young“. In der Erkenntnis, daß dieses Ziel nur auf gewaltsamen Wege erreicht werden könne, sei Scheringer Soldat geworden. Er habe die Auffassung vertreten, daß die Reichswehr die Kerntrooppe einer zukünftigen Volks- und Arbeitsarmee werden müsse. Diese Auffassung habe aber in schroffem Gegensatz zum Standpunkt der Wehrverwaltung gestanden, da ja die Wehrverwaltung als Werkzeug der derzeitigen Macht in der Reichswehr lediglich ein Instrument der Young-Politik und des Kapitalismus sei.

Er, Scheringer, habe mit vielen anderen geglaubt, daß die nationalsozialistische Partei diese Idee verfolge. Es habe sich aber gezeigt, daß die praktische Politik der nationalsozialistischen Führer ganz anders aussehe. Diese Führer haben sich im Laufe der letzten Monate eindeutig vom Sozialismus losgesagt und das Privateigentum heilig gesprochen. Sie haben die Interessen der Kapitalisten gegen die Interessen des Proletariats vertreten. Sie haben gegen die Zerrichtung des Youngplans gestimmt und die Verschuldung Deutschlands an das internationale Finanzkapital anerkannt. Sie haben sich mit den Bürokraten ins Einvernehmen gesetzt, und schließlich haben sie innerhalb der eigenen Reihen einen Sozialismus hochgeschätzt, der zum Himmel stinkt. Der reaktionäre Charakter der Parteiführung sei also eindeutig gewesen.

Im Schluß sei dann Scheringer auseinander, daß Deutschland nur im Bunde mit der Sowjetunion nach Zerschlagung des kapitalistischen Systems frei werden könne. Diese Konzeption müsse gegessen werden. Den Weg dazu habe Lenin gezeigt. Die Erklärung schließt: „Ich habe mich daher endgültig von Dittler und dem Sozialismus losgesagt und reide mich als Soldat ein in die Front des wehrhaften Proletariats für die Revolutionierung und Bewaffnung der breiten Massen!“

Hitler gründet eine nationalsozialistische Studenten-Kampfbild

Im „Völkischen Beobachter“ erläßt Adolf Hitler einen Aufruf zur Gründung einer nationalsozialistischen Studenten-Kampfbild. Er betont, daß wieder der deutsche Student zum Bannträger der Zukunft unseres Volkes geworden sei. Als Führer der nationalsozialistischen Bewegung appelliert Hitler an die alte Akademikerschaft, am Kampf um unsere Hochschule aktiv teilzunehmen. In diesem Zweck gründet Hitler die nationalsozialistische Studentenkampfbild, deren Aufgabe es ist, der jungen nationalsozialistischen Akademikerschaft, die sich nicht aus eigenen Mitteln erhalten kann, die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Oberbürgermeister-Kandidaten für Berlin

Berlin, 19. März. Seit gestern hat man einen neuen Kandidaten auf das Amt des Berliner Oberbürgermeisters: nämlich den preussischen Finanzminister Höppler-Richhoff. Die „Germania“ nennt diese Kandidatur „ernsthaft“, wenn auch noch nicht endgültig. Das Berliner Tageblatt aber scheint geneigt, sie bereits als endgültig zu betrachten. Offiziell sei die Fraktion zwar noch nicht an Höppler-Richhoff herangetreten, aber eine unverbindliche Rühmanahme liege doch schon vor. Die Volkspartei würde keine Schwierigkeiten bereiten, das Zentrum auch nicht. Allerdings: Höppler-Richhoff hätte sich einwilligen noch nicht entschieden. Das wäre nun freilich so ziemlich die Hauptfrage, und das „Völkische Abendblatt“ verleiht: Höppler-Richhoff würde kein Ja sagen. Er sei nicht gewillt, seine preussischen Geschäfte gerade in dieser kritischen

Der Reichstag vor 60 Jahren

haften Zeit niederzulegen. Ueberhaupt habe er erst durch die Zeitungen von seiner Kandidatur erfahren.

Folgende Kandidaten — nachdem Koch-Weser abgelehnt hat — stehen im Vordergrund: der Präsident des Deutschen Städtevereins, Dr. Müller, der frühere Staatssekretär und jetzige Oberbürgermeister Brauer, der ehemalige, jetzt nach Berlin übergesiedelte Danziger Senatspräsident Dr. Zabm und der jetzige Berliner Bürgermeister Dr. Scholz. Die Sozialdemokraten haben übrigens noch den Altonaer Oberbürgermeister Brauer benannt. Heute tritt der Ver-Ausschuß der Stadtverordnetenversammlung zusammen, um die endgültige Auswahl zu treffen.

Für die Oberbürgermeisterwahl gibt der „Vorwärts“ heute die Parole aus, daß an die Spitze Berlins ein Sozialdemokrat gehöre. Die Sozialdemokratie sei dabei entschlossen, ihren Anspruch auf die Stellung des obersten Berliner Verwaltungsbeamten geltend zu machen. Sie lasse sich dabei nicht von feindlichen Parteinteressen leiten, sondern handle im Interesse der werktätigen Berliner Bevölkerung, die ein Recht darauf habe, daß die Reichsbauverwaltung in ihrem Sinne geleitet zu werden. Der sozialdemokratische Kandidat seine Ansicht hat, eine Mehrheit zu erlangen, ist dabei so gut wie sicher.

Die Aktensbegründung im Lehner-Prozess

Regensburg, 19. März. In der Begründung des Urteils im Nordprozess Lehner heißt es: Erich Lehner ist des Mordes überführt. Die Absicht, einen Menschen zu morden, ist bei ihm klar bewiesen. Er hatte das zugegeben bis zum Widerstand. Am Tage der Verhaftung hat er unter Tränen angegeben, daß er einen Wanderburschen verbrannt habe. Das Gericht erachtet den Widerstand vom 9. Mai vorigen Jahres für völlig unglaubwürdig. Er hat selbst gesagt: „Ich habe nur den einen Wunsch, Kopf ab!“ Eine solche Sprache fährt kein Unschuldig. Das ist ein klarer Beweis. Das Gericht läßt die Frage offen, ob er den Fremden zuerst getötet und dann verbrannt oder ob er einen lebendigen Menschen verbrannt hat. Frau Lehner hat den Körper gekaut und gewaschen, wozu er dienen sollte. Sie hat Beihilfe geleistet und vor der Tat zugesehen, beifällig zu sein beim Einbeimen der Früchte des Betruges. Sie hat ihren Mann im Glauben gelassen, daß sie ihm helfe, sonst hätte dieser den Plan nicht ausgeführt. Wegen ihres Verschuldens kommen mildernde Umstände in Betracht.

Bluttransfusion auf Hermann Müller

Berlin, 19. März. Der Zustand des früheren Reichstanzlers Hermann Müller hat sich am Abend dem Vortage gegenüber noch weiter verschlechtert. Da die Ärzte einen starken Verfall des Patienten durch den allgemeinen Schwächezustand feststellten, wurde gegen 8 Uhr abends neben anderen Maßnahmen eine Bluttransfusion vorgenommen, zumal eine rechtseitige Lungenerkrankung hinzutrat. Das offizielle Bulletin des Abendblattes lautet: Der Zustand des Patienten ist äußerst kritisch, nachdem das Krankheitsbild heute abend noch durch eine Lungenerkrankung kompliziert ist. Das Bewußtsein des Patienten ist größtenteils getrübt.

Weitere Verschlechterung im Befinden Hermann Müllers.

Berlin, 20. März. Das Befinden des früheren Reichstanzlers Hermann Müller ist um 12 Uhr nachts sehr schlecht. Die Körpertemperatur nehmen inzwischen ab. Der Patient ist jetzt bewußtlos.

Kriegserklärung Waldwins an die Zeitungslords

London, 1. März. Der frühere Premierminister Baldwin tritt gestern persönlich in den Wahlkampf von Sankt George ein und nahm die Gelegenheit wahr zu einer Verteidigungsrede gegen die unaufrichtigen Angriffe, denen er von Seiten der Presse Lord Kothermores und Beaverbrooks seit Jahren ausgesetzt ist. Kothermore ist der Bruder des verstorbenen Schöpfers der Lügenpropaganda im Weltkrieg, Kothermores. Doppelt bemerkenswert ist es deshalb, in welcher scharfer Weise sich der konservative Parteiführer über den unersitzlichen Einfluß ausspricht, den diese Presse heute auf das innerpolitische Leben Englands ausübt. Baldwin sagte: „Die Presse Englands genießt die Bewunderung der Welt für ihre Fairness, für ihre politische Unabhängigkeit und die hohen journalistischen Grundsätze, denen sie sich unterwerft. Unsere heutigen Uebelstände betrachtet man gewöhnlich als Folge des Krieges und wenn es eine schlimme Sache im Weltkrieg gab, dann war es die Propaganda. Propaganda ist Giftgas, das die Seelen der Menschen vergiftet. Sie hat ihre Spuren in Rußland hinterlassen und sie hat sich auch einem Teil der britischen Presse, aber auch nur einem Teil allein, eingeprägt. Die Zeitungen, die von Lord Kothermore und Lord Beaverbrook herausgegeben werden, sind nicht Zeitungen im gewöhnlichen Sinne des Wortes. Sie sind Maschinen der Propaganda für die sich beständig wandelnden politischen und persönlichen Neigungen und Abneigungen dieser beiden Männer.“

Baldwin sprach in der Kings Hall. Der Saal war überfüllt. Wiederholt wurde der Redner von brausendem Beifall und Niederrufen auf Kothermore und Beaverbrook unterbrochen. Baldwin fuhr fort, die Methoden der „Daily Mail“ und des „Daily Express“ zu kennzeichnen: „Welches sind ihre Methoden? Sie bedienen sich der direkten Verfälschung, der unmaßvollen Darstellung, der Halbwahrheit und der Unterdrückung wichtiger Nachrichten. Dies sind die Methoden, die vom Publikum und der gesamten übrigen Presse im gleichen Maße verabscheut werden.“ — Er lehne es ab, gegen den Chefredakteur der „Daily Mail“ gerichtliche Vorwürfen, weil die Dinge, die dieser geschrieben habe, nur von einem Lump geschrieben sein können.

Eine solche Sprache hat nie ein Parteiführer und gewesener Ministerpräsident gegen die „Lords“-Presse geführt. Die Folgen dieses ganz ungewöhnlichen Vorkommens sind vorerst nicht abzusehen.

Hindenburg-Ehrung in England

London, 18. März. Ein erfreulicher Anlaß gibt Gelegenheit, darüber zu berichten, daß die Achtung vor der ehrwürdigen Gestalt des deutschen Reichspräsidenten auch in England beständig zunimmt. In zahllosen Klassen der Mittelschulen und in den unteren Stufen der höheren Schulen Englands lauschten heute Tausende von englischen Jungen einem Rundfunkvortrag, in dem ihnen Hindenburg als ein Vorbild treuer Pflichterfüllung nahegebracht worden ist. In jedem Schulzimmer war für die Dauer des Vortrages ein Bild des Reichspräsidenten von Hindenburg angebracht. Räumlich um 4 Uhr nachmittags setzte überall der Unterricht aus und die Schüler erfuhren über den Lebenslauf des Mannes, der der große Gegner der Allierten im Weltkrieg war. Das Ereignis gewann auch dadurch Bedeutung, daß als Sprecher Harold Nicolson wirkte, der in seiner Tätigkeit als Vorkämpfer in der diplomatischen Vertretung Englands in Berlin verschiedenen Gelegenheiten hatte, einen Eindruck von dem Menschen Hindenburg zu gewinnen. In jedem Punkt seines Vortrages war Nicolson bemüht,

Am Dienstag, den 21. März 1871, sprach Kaiser Wilhelm I. in seiner Thronrede zur Eröffnung des ersten Reichstags des vereinigten Deutschen Reiches die Worte: „Der Geist, der in dem deutschen Volke lebt und seine Bildung und Befähigung durchdringt, nicht minder die Verfassung des Reiches und seine Verordnungen bewahren Deutschland in Mitten seiner Eroberer vor jeder Verfassung zum Mißbrauch seiner inneren Kräfte für seine eigene Selbständigkeit in Anspruch zu nehmen, jollt es bereitwillig der Unabhängigkeit aller anderen Staaten und Völker, der Schwachen wie der Starken. Das neue Deutschland, wie es aus der Feuerprobe des gegenwärtigen Krieges hervorgegangen ist, wird ein zuverlässiger Bürger des europäischen Friedens sein.“ Wie diese Worte bewogen, lebte damals in dem begeisterten deutschen Volk, das durch die Kaiserproklamation am 18. Januar 1871 in Versailles den König von Preußen als Deutschen Kaiser an die Spitze des vereinten Reiches gestellt hatte, ein anderer Geist als der, der aus dem Versailles von heute heraussieht und die Feindbanden nicht vor der Verfassung zum Mißbrauch ihrer nur durch vereinte Anstrengungen gewonnenen Kräfte bewahrt.

Durch eine Verordnung des Kaisers Wilhelm I., „Gegeben Hauptquartier Versailles, den 23. Januar 1871“, waren die Arbeiten zum Reichstag im ganzen Reich für den 3. März und der Zusammentritt des Reichstags für den 9. März angeordnet worden. Durch eine Verordnung vom 26. Februar wurde der Zusammentritt des Reichstags auf den 21. März verlegt. Die Verordnungen waren gegenseitlich mit dem Grafen von Bismarck-Schönhausen, der damals nach dem Titel Bundeskanzler des Norddeutschen Bundes trat und erst am Tage der Eröffnung des Reichstags vom Kaiser den Titel Reichkanzler erhielt und in den erblichen Fürstenstand erhoben wurde. Der aufgrund des allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrechts gewählte Reichstag wurde damals und bis zur Staatsamalgamation von 1918 alljährlich durch kaiserliche Verordnung berufen, mit der Thronrede im Reichssaal des königlichen Schlosses in Berlin eröffnet und nach Ablauf der „Session“ wieder durch kaiserliche Verordnung, die im Reichstag selbst verlesen wurde, geschlossen. Nur in Ausnahmefällen wurde die Session nicht geschlossen, sondern über die Sommerzeit vertagt, um im Gang befindliche gesetzgeberische Arbeiten nicht durch den Sessionsstillsitz hinfällig werden zu lassen.

Nach der neuen Reichsverfassung war die Zahl der Reichstagsmitglieder ein für allemal auf 397 festgesetzt worden; jeder Abgeordnete hatte seinen besonderen Wahlkreis. Auf durchschnittlich 100 000 Einwohner auf Grund der Volkszählung von 1871 entfiel ein Abgeordneter. Preußen wählte deren 239, Bayern 48, Sachsen 23, Württemberg 17, Elbisch-Vorbringer 15, Baden 14, Hessen 9, Mecklenburg-Schwerin 6, Sachsen-Weimar, Oldenburg, Braunschweig und Hannover je 3, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Coburg-Gotha und Anhalt je 2, die übrigen 11 Staaten je 1. Die „Legislaturperiode“ dauerte drei Jahre und nach dem Gesetz vom 19. März 1888 fünf Jahre. Eine Auflösung des Reichstags während der Legislaturperiode konnte durch den Kaiser mit Zustimmung des Bundesrates erfolgen. Die Reichstagsabgeordneten genossen freie Eisenbahnfahrt zwischen Berlin und ihrem Wohnort während der Sessionsdauer, erhielten aber keine Diäten. Die Dienstreise wurde als Korrektiv für das allgemeine Wahlrecht betrachtet. Erst 1906 wurden die Aufwandsgebühren eingeführt. Die Eisenbahnfahrt im ganzen Reich wurde ebenfalls erst später freigegeben. Bis 1894, als das neue Reichsgesetzgebungsamt am Königsplatz bezogen wurde, tagte der Reichstag in der Leipzigerstraße in einem provisorisch hergerichteten Gebäude an der Stelle, wo später das Preussische Herrenhaus entstand.

In Hindenburg das hervorzuheben, was englische Schüler zu leisten vermögen. Er wies zum Schluß darauf hin, daß hinter dem ersten, wichtigen Anteil ein Mensch sich verstecke, der heute noch über jeden Wig so herzlich lachen könne, wie er einst als Kadett tat. Hindenburgs Größe bestehe darin, daß er sich auf jeder Stufe seiner Laufbahn selber treu geblieben sei.

Die Ursache des Untergangs „R 101“

In diesen Tagen ist die Untersuchung über die Ursache des Unterganges des englischen Luftschiffes „R 101“ nach fünf-einhalbmonatlicher Dauer zum Abschluß gekommen. Der Ausschuß, dessen Vorsitz Sir John Simon führt, wird in Kürze seinen einstimmigen Bericht veröffentlichen und das Regierungsblatt „Daily Herald“ kann schon heute die wichtigsten Ergebnisse der Untersuchung mitteilen. Es sind langwierige Experimente mit einem Modell des Luftschiffes im Wind-Tunnel durchgeführt worden, bei denen die klimatischen Verhältnisse, die in jener Nacht über Frankreich herrschten, so genau wie möglich reproduziert wurden. Diese Versuche im Zusammenhang mit den Aussagen der Augenzeugen und Sachverständigen haben die Kommission zu der Überzeugung gebracht, daß die Ursache der Katastrophe der Gaderiff nicht dem vorderen Ballon gewesen ist, herbeigeführt durch einen Wis in der oberen Hülle des Luftschiffes. Ein Strukturfehler kommt nach Ansicht der Kommission als Ursache nicht in Betracht. Das ungewöhnlich stürmische Wetter, dem das Luftschiff über Frankreich begegnete, hat natürlich zu der Katastrophe beigetragen. Die Kommission ist deswegen nicht der Ansicht, daß der beim Unglück ums Leben gekommene Luftfahrtminister Lord Thompson wegen seiner wiederholten Mahnungen zur Beschleunigung der Abfahrt einen Teil der Schuld trägt, wie dies während der Beweisführung vielfach vermutet worden ist. Die Rehabilitierung des verunglückten Ministers ist gewiß anzuerkennenwert. Aber sie vermag nicht ganz mit der weiteren Feststellung des Berichtes, daß die Probeflüge für den Indienststellung tatsächlich ungenügend gewesen seien. Darin sehen ja eben viele die Schuld der Regierung, daß sie aus politischen Gründen zum Aufbruch nach Indien gedrängt habe, bevor das Luftschiff ausreichend geübt war. Wenn man nach den vorläufigen Mitteilungen des „Daily Herald“ urteilen kann, so wehlt die Kommission denn nichts anderes zu sagen, als daß der Indienststellung selbst als eine Prüfung gedacht war, in dem das Luftschiff in tropischer Witterung erprobt werden sollte.

Drei Teilnehmer des Balbo-Fluges ins Meer gestürzt und ertrunken

Rom, 19. März. Heute mittag ist bei Marina di Sifa das Küstenschiff Sotovia 4, das die drei Teilnehmer des Südamerikafluges der Balbo-Staffel Oberst Maddalena, Donatmann Corconi und Leutnant Damonte an Bord hatte, ins Meer gestürzt, wobei alle drei Flieger den Tod fanden. Minister Balbo ist sofort mit einem Flugzeug nach Sifa abgeflogen. Oberst Maddalena hatte unter den italienischen Offizieren die größte Zahl von Auszeichnungen. Er und die beiden anderen Ertrunkenen hatten außerdem für den Südamerikaflug die Goldenen Luftfahrtmedaillen erhalten.

Die erste Sitzung der Sitzungsperiode (gewöhnlich „Session“ genannt) 1871 der 1. Legislaturperiode wurde nach der Thronrede, der allherweife Gottesdienst für die evangelischen Mitglieder in der Hofkapelle (später im Dom) und für die katholischen Mitglieder in der St. Hedwigskirche vorausgegangen war, am 21. März 1871, um 3 Uhr nachmittags, begann die erste Sitzung der Reichstagsperiode in der Hofkapelle, der durch den Alterspräsidenten v. Frankenberg-Vaudouy, der im Alter von 86 Jahren stand, eröffnet. Derselbe Alterspräsident hatte auch schon am 20. Februar 1867 den ersten Reichstag des Norddeutschen Bundes eröffnet. Der Reichstag zählte zunächst nur 382 Mitglieder, da die Elbisch-Vorbringer erst 1871 hinzutraten und die Verfassung des Deutschen Reiches erst nach den anfänglichen Diktaturjahren am 1. Januar 1874 in Elbisch-Vorbringen in Kraft trat. Beim Namensaufruf ergab sich die Anwesenheit von 274 Mitgliedern, der Reichstag war beschlußfähig. Der 2. März blieb Sitzungsfrei, da der gesamte Reichstag sich an der Gratulation zum Geburtstag des Kaisers beteiligte. In der zweiten Sitzung am 2. März fand das Stratumium für den ersten Reichspräsidenten statt. Mit 276 von 284 abgegebenen Stimmen wurde Dr. Simson, erster Appellationsgerichtspräsident in Frankfurt a. S., erster Reichspräsident ernannt. In der dritten Sitzung am 4. März, erster Reichspräsident wurde der bayerische Reichsrat Othobwig Fürst zu Hohenlohe-Schillingfürst (1865 Statthalter von Elbisch-Vorbringen, 1864 Reichsminister), zum zweiten Reichspräsidenten der Obertribunalrat v. Weber in Stuttgart gewählt.

Ueber Mangel an Parteien konnte sich schon der damalige Reichstag nicht belagen. Nicht weniger als 11 Parteien traten in den Reichstag von 1871 ein. An der Spitze stand die Nationalliberale Partei mit 116 Mitgliedern (die durch die Wahl von 1874 sogar auf 155 anwachsen), dann folgten 57 Mitglieder des Centrums, 56 der Deutschkonservativen Partei, 44 der Liberalen Vereinigung oder Fortschrittspartei (später Deutsch-Freihämige Partei genannt) 38 der Deutschen Reichspartei (etwa der heutigen Deutschen Volkspartei entsprechend), 29 der Liberalen Reichspartei (die mit den Wahlen von 1877 wieder verschwand), 13 Polen, 5 Volkspartei (Tübtingische Demokraten), 4 Welfen, 2 Sozialdemokraten und 1 Däne. Dazu kamen 1874 als zusätzliche Partei 15 Elbisch-Vorbringer.

Die württembergischen Mitglieder des Reichstags waren: 1. Wahlkreis: Kaufmann Müller-Stuttgart, 2. Wahlkreis: Prof. Dr. Reuber-Stuttgart (i. J. 1872 ergänzt durch Prof. Dr. Barnbiller), 3. Wahlkreis: Staatsrat Goppel-Heilbronn, 4. Wahlkreis: Redakteur Dr. Eiden-Stuttgart, 5. Wahlkreis: Fabrikdirektor v. Reher-Erlangen, 6. Wahlkreis: Generalleutnant Frhr. v. Bogner, 7. Wahlkreis: Kommerzienrat Ober-Hofmeister-Stuttgart, 8. Wahlkreis: Oberstudienrat Viktor von Reiss-Stuttgart, 9. Wahlkreis: Dr. Kottler-Stuttgart, 10. Wahlkreis: Minister des Innern Sölder, 11. Wahlkreis: Obertribunalrat v. Weber-Gamstadt, 12. Wahlkreis: Fürst Der-mann v. Hohenlohe-Langenburg, 13. Wahlkreis: Kreisgerichtsrat Streich-Erlangen, 14. Wahlkreis: Prof. Wömer-Tübingen, 15. Wahlkreis: Stadtschultheiß Schmid-Munderkingen (der Löwe von Munderkingen und spätere Minister des Innern), 16. Wahlkreis: Fürst Wilhelm v. Waldburg-Feil-Trudenburg, 17. Wahlkreis: Rechtsanwalt Probst-Stuttgart.

Die erste Session des neuen Reichstags schloß nach 37 Sitzungen am 15. Juni 1871. Sie zeichnete sich besonders dadurch aus, daß in wenigen Sitzungen ohne Ausnahmungsberatung am 14. April die neue Reichsverfassung verabschiedet wurde, bei der es sich im wesentlichen nur um die Ueberleitung der Verfassung des Norddeutschen Bundes auf das neue Reich handelte. Die Verfassung wurde durch Gesetz vom 16. April verkündet.

Kammerflug der belgischen Regierung

Brüssel, 19. März. Als Abschluß einer Debatte über eine sechsprozentige Kürzung der Gehälter der Staatsbeamten nahm die Kammer mit 96 gegen 77 Stimmen bei 3 Enthaltungen eine Tagesordnung an, durch die der Regierung das Vertrauen ausgesprochen wird.

Der Schnellzug Paris-Bordeaux entgleist

Paris, 19. März. Der Schnellzug Paris-Bordeaux, der die Hauptstadt um 19.22 Uhr verließ, ist auf dem Bahnhof Gagny, eine Stunde von Paris entfernt, aus noch nicht bekannter Ursache entgleist. Wäher sollen 10 Tote und gegen 50 Verletzte geborgen sein. Mehrere Einzelheiten fehlen noch.

Die Schiffbrüchigen der „Biking“ in Gefahr des Verhungerns

Newyork, 19. März. Die Regierung von Neufundland hat die Befragungen der Dickschiffe, die infolge der Eisverhältnisse vor Island nicht erreichen können, angefordert, den Versuch zu unternehmen, die Eisbarriere vor der Insel zu durchbrechen, da die Schiffbrüchigen und die Bewohner der Insel in unmittelbarer Gefahr schweben, Hungers zu sterben. Das Dickschiff „Lagona“, das 5 Tonnellen vor der Insel in der Eisbarriere, soll als Lazarettschiff dienen. Der bekannte amerikanische Flieger Bert Belden, der Admiral Byrd auf seinem transatlantischen Flug und dem Flug über den Südpol begleitete, wird sich an der Suche nach den Vermissten der „Biking“ beteiligen, die, wie man vermutet, zum Teil auf Eisfloßen abgetrieben sind.

Aus Stadt und Bezirk.

Frühlingsanfang

Der Frühling beginnt kalendermäßig mit dem Zeitpunkt, da der Mittelpunkt der Sonnenbahn auf den Äquator zu stehen kommt. Das ist der 21. März, morgens 6 Uhr, mit dem Eintritt der Sonne in das Zeichen des Widlers der Fall. An diesem Tage erfolgt ihr Anfang genau im Osten, dementsprechend liegt ihr Untergang genau im Westen. Tag- und Nachtdogen sind einander gleich. Wir haben Frühlings Tag- und Nachtgleiche. Vom 21. März ab rücken bis zum 21. Juli Auf- und Untergangspunkt der Sonne immer weiter gegen Norden, der Tagesbogen nimmt mit jedem Tag an Umfang zu und der letzte Tag, der am Frühlingsanfang eine Dauer von 12 Stunden, 12 Minuten aufweist, wächst zu einer Länge von 16 Stunden 11 Minuten an. Im Strahlenglanz der Sonne wird es jetzt herrlicher, die winterlichen Ränge sind verschwunden, es muß Frühling werden. Unsere Vorfahren, die den größten Teil der härteren Winterzeit totenlos verbringen mußten, begrüßten das auffeisende Licht mit besonderer Freude. Sie zündeten Feuer an und umtanzt sie. Da und dort finden sich noch Volksbräuche, die auf diesen Tag zurückzuführen sind.

Neuenburg. Sitzung des Gemeinderats am 17. März. In den an die Bürg. Wohnungskreditanstalt vorzuliegenden Vaugesuchen ist noch eine kleine Neuerung eingetreten dadurch, daß an die Stelle eines weggefallenen Kaufmanns



anderer vertreten ist. Der Gemeinderat übernimmt auch in diesem Falle die Verpflichtung i. S. des Wohnungsbürgerhaushalts.

Der Bericht erstattet Bericht über das Ergebnis der von ihm sowie Stadtbauingenieur Jettler mit der Ministerialabteilung für den Straßen- und Wasserbau in Stuttgart gehaltenen Besprechung wegen des Projekts der Erweiterung der Wilhelmsstraße. Die Entscheidung der Staatsbaudirektion ist bis jetzt noch nicht eingetroffen und kann über die Sache erst nach Eingang des Erlasses weiter beraten werden.

Beschreibungen und Pläne über die Erweiterung des Gleichstromnetzes links der Gutz sind vom Stadtbauamt gefertigt und werden vom Gemeinderat anerkannt. Es wird nunmehr Antrag auf Genehmigung durch die Regierungsbefehle gestellt.

Die neue Fernsprecheinrichtung im Mathaus wird der Firma Siemens u. Halske A.G. Stuttgart zur Ausführung übertragen.

Für das Röhrelektroskopwert wird die Anschaffung eines selbsttätigen Meßinstrumentes mit einem Meßband von etwa 600 M.M. beschlossen. Das Meßinstrument ist zur Gewinnung einer besseren Uebersicht über die Leistung des Werks notwendig.

Nach den ergangenen gesetzlichen Bestimmungen ist die Stadtgemeinde verpflichtet, ab 1. April 1931 die Bürgersteuer zum Landesgesetz einzuführen. Der Gemeinderat hat zwar starke Bedenken gegen diese Steuer, die Beratung ergab aber, daß es einem anderen Ausweg nicht gibt und es wurde demgemäß beschlossen; die Einwohnersteuer kommt dagegen in Wegfall.

Schon bei der Beschlußfassung über die Umorganisation der Realschule ist in Aussicht genommen worden, das Schulgeld zu erhöhen, um die ganz erheblichen Kosten der Stadtkasse für diese Schule herabzubringen. Inzwischen ist eine Verordnung des Kultusministeriums vom 3. Februar 1931 erschienen, welche die Schulgebühren für Realschulen und Frauenarbeitschulen weiter erhöht hat. Nach eingehender Beratung wird vom Gemeinderat beschlossen, vom neuen Schuljahr 1931 ab folgende Schulgebühren zu erheben:

- a) für die Realschule:
 - für hiesige Schüler 10.— M.M. jährlich
 - Zuschlag für Auswärtige 15.— M.M.
- b) für die Frauenarbeitschule:
 - für hiesige Schülerinnen 10.— M.M.
 - Zuschlag für Auswärtige 15.— M.M.

Für Volksschülerinnen und für Volksschülerinnen bleibt es bei dem am 11. Juli 1930 beschlossenen Satze. Die Realschulgebühren bleiben unverändert. An dem Schulgeld für die Gewerbeschule ändert sich nichts. Die neu beschlossenen Schulgebühren bleiben nach ganz erheblichem hinter den zulässigen Beträgen zurück. Für mißvermittelte und bedürftige Schüler besteht auch künftig die Möglichkeit zur Gewährung von ganzen oder teilweisen Freistellen.

Die Rechnungssachen waren durch den Rechnungsausschuß vorbereitet und wurden nach dessen Anträgen erledigt. Die Verlosung der Rentner mit Brennholz zu ermäßigtem Preis soll auch in diesem Jahr wieder, wie in den früheren, durchgeführt werden.

Von einer Eingabe derjenigen Einwohner, welche aus Anlaß der Holzabfuhr im Unteren Buchberg Brennholz ohne Berechtigung zugewiesen erhalten haben, hat der Gemeinderat Kenntnis genommen. Derselbe stellt sich vollständig auf den vom Rechnungsausschuß eingenommenen und den Beteiligten von der Stadtpflege bereits zur Kenntnis gebrachten Standpunkt.

Zwei Grundstücksabteilungen und eine Anzahl kleinerer Verwaltungsangelegenheiten bildeten den Inhalt der Sitzung.

Wetterbericht. Infolge des östlichen Hochdrucks ist für Samstag und Sonntag immer noch vielfach heiteres und trockenes Wetter zu erwarten.

Gräfenhausen, 20. März. Am 22. März werden im Kirchspiel Gräfenhausen 12 Söhne und 13 Töchter konfirmiert. Die Namen der Konfirmanden sind:

Von Gräfenhausen-Oberhausen: Walter Schwaiger, Walter Wenz, Fritz Roth, Richard Bessinger, Oskar Krümer, Wilhelm Jod, Fritz Wieland, Willi Kiedlinger; Lore Kühle, Aline Schenck, Lore Glanner, Verta Keuster, Gertrud Keuster, Emilie Wildpret, Viese Gausborn, Martha Kr.

Von Krutbad: Reinhold Buchter, Alfred Stepper; Erna Laggana, Hedwig Jod, Gertrud Laggana.

Von Kiebsbad: Wilhelm Jod, Helmut Boger; Lore Müller und Rosa Kraut.

Innerer Schwarzwald-Ragold-Turngau. Die turnerische Arbeit des Gauces wurde am vergangenen Sonntag durch einen Lehrgang für Männer, Spiel- und Jugendturnwart in der Turnhalle in Calw eingeleitet. Zweck derselben war, die Lehrgänge für die im laufenden Jahre geplanten Gauveranstaltungen festzusetzen und in ihren Einzelheiten durchzuführen. Der Lehrgang erstreckte sich trotz der schlechten Verhältnisse eines recht zahlreichen Besuches. Der Turnauschuß tagte schon am Sonntag nachmittag, um die notwendigen Vorbereitungen für diese wichtige Tagung zu treffen. Der Sonntag vormittag galt der praktischen Arbeit, die in rascher Folge trotzdem eine gründliche Durcharbeitung erfuhr. Die gewählten Freiwüchsen, zusammengestellt von Kreisamturnwart Kreuzer-Stuttgart, sind für die gemischten Wettkämpfe für das Gauturnen in Wildberg bestimmt. Bei richtiger Ausführung bilden sie durch ihre zugehörigen, liegenden und straffen Bewegungen eine wirklich zweckmäßige Körperkultur. Die Wüchsenübungen an Reck, Barren und Pferd für die einzelnen Wettkämpfe und Stufen fanden ebenfalls eine gründliche Bearbeitung, sodas sie innerhalb der Vereine an die Kleinarbeit herangetreten werden kann. Im Anschluß hieran hielt Gauturnwart Bantle-Cawl einen zweckmäßigen Vortrag über die erste Hilfeleistung bei Unfällen, der beifällig aufgenommen wurde. Während des Mittagessens hatten die drei Fachgruppen geforderte Besprechungen über ihre Spezialgebiete, woran sich dann eine allgemeine Aussprache angeschlossen. Die endgültigen Termine für die Gauveranstaltungen, die der wirtschaftlichen Notlage auch Rechnung tragen, wurden wie folgt festgesetzt: am 19. April Bezirksturnwartsschule für den oberen Bezirk in Ragold, am 8. April eine solche für den unteren Bezirk in Neuenbürg. Besondere Umstände halber wurde der allgemeine Gauwanderung auf 10. Mai nach Simmendingen verschoben. Im Mai und Juni finden dann die Sommerturnspiele im Fußball statt. Der Gauwettbewerb münchener seitens der Gauvereine eine rege Beteiligung an diesem Turnspiel. Weiter folgen am 11. Juni das Gaujugendtreffen in Würzburg, wo erst kürzlich ein Turnverein ins Leben gerufen wurde, am 5. Juli das Gauturnen in Wildberg, am 19. Juli das Gauwettbewerb in Altensreig. Anlässlich der Turnhalle-Einweihung des Turnvereins Schwann am 31. Mai werden Gauwettbewerbskämpfe in einem Wettkampf ausgetragen. Die vollständigen Gauwettbewerbssachen kommen beim Gauturnen in Wildberg zur Ausarbeitung. Die Gründung einer Gauportnervereinigung wird in den beiden Bezirksturnwartversammlungen geregelt. Der früher gefasste Beschluß einer einheitlichen Turnkleidung wurde ebenfalls wieder erwogen und soll bis zum Deutschen Turnfest 1933 in Stuttgart durchgeführt werden. Mit der

Einführung des Ringens im Gau wurde Turnauschussmitglied Willibald Kober-Wildbad betraut. Eine reichhaltige Tagesordnung sowohl in praktischer Arbeit wie in einer eingehenden Aussprache wurde bewilligt und so konnte Gau-Oberturnwart Großmann um 1/4 Uhr mit Verabschiedung die Tagung schließen. Aus dem Tätigkeitsbericht der 39 Vereine ist folgendes hervorzuheben: Der Mitgliederstand beträgt 3271. Geräteturner sind es 737, Volksturner 528, die zum Teil auch zu erheben zu rechnen sind. 15 Vereine haben Turnermänner-Abteilungen mit insgesamt 227 Turnern, 7 Vereine pflegen das Mädchenturnen, welchem jedoch noch mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden soll. Das Schülerturnen weist mit 22 Abteilungen und 312 Knaben einen günstigen Stand auf. Die Hocherabteilung (Calw) besteht aus 17 Hochern und 1 Hocherinnen. Vier Sängereinigungen befinden sich im Gau. Einen erfreulichen Aufschwung hat die Spielbewegung genommen. Im Handball sind es zusammen 22 Mannschaften, im Fußball insgesamt 67 Mannschaften, welche 589 Spiele im Faust- und Handball durchgeführt haben. Diese Zahlen reden eine deutliche Sprache über die vielfältige Tätigkeit im Gau und Gunte noch ein günstigeres Ergebnis aufzuweisen, wenn die richtige Einsicht bei den vielen kranken- und kranken Einkerer dalien würde. Sch.

Gauwertungsfahrt des ADAC.

Neuenbürg, 20. März. Alljährlich in den Frühjahrs- und Sommermonaten veranstaltet der Gau Württemberg und Hohenzollern im Verbande des Allgemeinen Deutschen Automobil-Clubs (ADAC) einen Generalappell seiner Mitglieder in irgend einer Stadt des schwäbischen Landes. Was der Schwarzwaldderein für die Wandersportler, das ist der ADAC für die Autofahrer. Derselbe Zweck bezieht dessen Mitglieder, die Heimat und ihre Bewohner in der nächsten und weiteren Entfernung kennen zu lernen, nur daß das schnellfahrende Motorfahrzeug größere Entfernungen in kurzer Zeit zu durchfahren vermag. Diese Gauwertungsfahrt, wie es in der offiziellen Benennung heißt, findet in der ersten Mai-Woche mit dem Endziel Wildbad statt. Mit der Durchführung derselben ist der Motorsport-Club Untal G. B., Sitz Neuenbürg, betraut, dessen Vorstand sich zwecks Vorbereitung einer reibungslosen Abwicklung dieses großen motorsportlichen Ereignisses mit den maßgebenden staatlichen und städtischen Behörden Wildbads letzten Dienstag zu gemeinsamer Aussprache zusammenfand. Das erzielte Ergebnis läßt eine Veranstaltung größter Ausmaßes erhoffen. Da bei dergleichen Anlässen stets ein großerer Umkreis von dem Treffen gleicharteter Verbände berührt wird, heißt zu erwarten, daß das Untal am 2. und 3. Mai Massenbesuch aus dem ganzen Lande und außerdem von dem benachbarten Baden und Hohenzollern erhält. Nach Aufstellung des endgültigen Programms werden wir Näheres berichten können.

Württemberg.

Bad Liebenzell, 19. März. (Vorbereitungen in Liebenzell.) Die St.M. Kurverwaltung hat ihren Vorschlag aufgestellt und Karlsruher und Gemeinderat haben ihn beraten und beschließen. Trotz der schweren Zeiten geht man hier mit Zuversicht dem Sommer entgegen, denn die Gaben der Natur, die Heilkräfte der warmen Quellen und die Schönheit unseres Schwarzwaldes werden auch heuer wieder die Gäste anziehen. Die Veranstaltungen der Kurverwaltung werden im gleichen Umfang wie früher durchgeführt. Kapellmeister Köber wird mit seiner Kapelle wieder tätig sein, Sonderkonzerte, ausgeführt von Militärkapellen, Kromers Liedergesänge, Blechblasungen und Feuerwerke, werden das Programm bereichern. Verschönerungsverein und Schwarzwaldderein haben ihre Tätigkeit zur Verschönerung und Pflege der Umgebung wieder aufgenommen und werden unterstützt von der Kurverwaltung, die bestraft, rings um das Bad Parkanlagen zu schaffen.

Kohl a. F., 20. Stuttgart, 10. März. (Das Liebesdrama bei Kohl.) Die Leiche der im Walde bei Kohl erschossen aufgefundenen Frau, die den besseren Ständen Stuttgarts angehört, ist gestern von der Staatsanwaltschaft zur Bestattung freigegeben worden, nachdem deren Identifizierung mit der vor einigen Tagen als vermisst gemeldeten Frau durch Familienangehörige einwandfrei nachgewiesen werden konnte. Der Kopf der Frau zeigte zwei Einschüsse von hinten. Der tote war Geschäftsführer einer großen Stuttgarter Firma. Auch seine Leiche wird zwei Kopfschüsse auf.

Von der bayerischen Grenze, 19. März. (Gürtelscherprozeß.) Vor dem Saßgericht in Hildesheim a. D. hatte sich die Landwirtschaffrau Anna Kemmer aus Wehlingen bei Wöllingen wegen Gürtelschererei zu verantworten. Die 33 Jahre alte Frau hatte Beziehungen zu einem früheren 25 Jahre alten Vierkinder unterhalten, die nicht ohne Folgen geblieben sein sollen. Eines Tages fand Kemmer, ein erster Mann in reiferen Jahren, in der von seiner Frau vorgeführten Schüssel zwei silberne Eisenstücke. Der Staatsanwalt hatte 1 Jahr Zuchthaus gegen die Frau beantragt. Das Gericht sprach sie aber aus Mangel an Beweisen frei.

Vom bayerischen Wägen, 19. März. (Sieben Chinesen beschwerten sich.) Hat manchmal, wenn es in der Wohnung lüftet, steht draußen vor der Tür kein Bettler oder Dieb, sondern ein Chinese, der mit freundlich grinsendem Gesicht seine Ware, Terzerole und anderes angebotlich aus seinem Heimatland kammerndes Vorkaufgeschicht der Hausfrau anbietet. Kein Wunder, wenn sich die anlässigen Geschäfte wegen dieser Konkurrenz aus dem „Reich der Mitte“ zur Wehr setzen. So hat der Stadtrat Kaufleuten dieser Tage sieben Chinesen auf Ansuchen die Aufenthaltserlaubnis erteilt, ihnen aber den Handel mit Porzellan- und Galanteriewaren untersagt, um die einheimischen Geschäfte nicht zu schädigen. Nun haben sich die Chinesen bei der Kreisregierung und bei der chinesischen Gesandtschaft in Berlin beschwert, weil ein Handelsvertrag bestimme der ihnen diesen Verkauf gestatte.

Württ. Städtetag.

Stuttgart, 19. März. Der Vorstand des Württ. Städtetags befahte sich in seiner letzten Sitzung mit dem vom Deutschen Städtetag ausgearbeiteten Entwurf eines Gesetzes über eine Reichsarbeitslosenfürsorge. Durch die lang andauernde Arbeitslosigkeit steigt die Zahl der Wohlhabenderwerblosen, die nach Ablauf der Arbeitslosenunterstützung und der Krisenunterstützung der öffentlichen Fürsorge und den Fürsorgeverbänden anheimfallen, ins Unermeßliche; die finanzielle Lage der Gemeinden wird damit aufs Schwerste bedroht. Die bisherige gesetzliche Regelung bedeutet zudem in starkem Umfang eine Bergabung öffentlicher Mittel, verbunden mit einer unzureichenden Verwaltungsorganisation. Der Entwurf des Deutschen Städtetags bezweckt die Zusammenlegung der Reichsarbeitslosenfürsorge und der Wohlhabenderwerblosenfürsorge und zur Vermeidung einer Schwächung in der Behandlung der Unterstützungsgegenstände die Verschmelzung der beiden anlässlichlich durch die Fürsorgeverbände. An den Aufwendungen hätte sich das Reich mit 60 Prozent, die Länder und die Gemeinden mit je 20 Prozent zu beteiligen. Der Vorstand des Württ. Städtetags hält die vorgeschlagene Neuorganisation der Arbeitslosenfürsorge für durchaus zweckmäßig und sowohl für das Reich als für die Länder und Gemeinden tragbar, weshalb beschlossen wurde, sich dem Entwurf anzuschließen und die Staatsregierung zu ersuchen, sich bei der Reichsregierung für das Zustandekommen des vorgeschlagenen Gesetzes einzusetzen.

Baden.

Pforzheim, 19. März. Vor zwei Jahren hatte ein Lehrer in einem Ort bei Pforzheim in der Preussisch-Schwarzwälder Klassenlotterie das große Los gewonnen. Er gab sofort seine pensionsberechtigten Stellung auf und verlegte sich aufs Börsenspekulieren, nach einer

Blühtermeidung mit dem Erfolg, daß er heute nichts mehr hat und froh wäre, wenn er wenigstens seine frühere Stellung noch hätte.

Handel, Verkehr und Volkswirtschaft.

Stuttgart, 19. März. (Schlachtlehmarkt) Dem Donnerstagmarkt um Stedl, Ven- und Schloßhof wurden zugeführt: 12 Sundeullen (unverkauft 4), 29 (10) Sanger aber, 7 Käse, 179 Käse, 671 (20) Schweine. Eides aus je 1 3 inner Eide: Däfen —, Böden a 38-40 (biger Markt 39-40), b 35-37 (36-38), Sanga-11. der a 48-50 (49-51), b 42-45 (43-47), Käse —, Käse b 66 bis 69 (68-70), c 58-64 (60), Saewine a fetter über 300 Pfd. 49 bis 50 (50-51), b vollreifiger von 240-300 Pfd. 48-49 (50-51), c von 200-240 Pfd. 47-49 (48-50), d von 160-200 Pfd. 45-46 (47-48), e Kofatze von 120-160 Pfd. 43-44 (44-46), Saarn 35-42 (38-43) Mark. Marktoerlauf: G.ohore und Schweine schlappend, Käse ruhig.

Lotteriegeld. Garantiert nächsten Donnerstag den 26. März findet die Ziehung der beliebten Württ. Geld- und Vierdelotterie statt. 6767 Geldgewinne und 2 Vierde mit 16.000 Mark kommen zur Auspielung. Auf 10 Lose (fortlaufende Endzahlen) mindestens 1 Gewinn garantiert. Die letzten Lose zu 1 M., 13 Stück 12 M. sind noch durch die bekannten Verkaufsstellen zu beziehen. Generalvertrieb J. Schneider, Stuttgart, Marktstr. 6 und Königsstr. 1, Postfachkonto Stuttgart 2056.



Für die Konfirmation

aus unseren eigenen Kellereien:

Weißweine

- Maikammerer 70 Liter-Flaschen
 - Gaubickelheimer 70 ca. 1/2 Ltr.-Fl.
 - Hainfelder 70
 - Herzheimer Felsenberg 1.—
 - Mettenheimer Goldberg 1.—
 - St. Martiner Berg 1.20
 - St. Martiner Schloßberg, natur 1.30
 - Alzheimer Fischerplad 1.50
- Preise ohne Glas.

Rotweine

- Kallstadter 70 Liter-Flaschen
 - Dürkheimer Schloßgarten 80 ca. 1/2 Ltr.-Fl.
 - Ungsteiner Diemerl 1.—
 - Dürkheimer Feuerberg 1.20
 - Königsbacher Reiterplad, natur 1.40
- Preise ohne Glas.

Apfelwein in Literflaschen das Liter 45 empfehlen die

Edeka-Geschäfte

5% in Rabattmarken!

der kleine Preis!
die große Leistung!

Crêpe Marocaine
elegante, weichfließende Kleider-
ware in vielen Farben.
doppeltreil
Meter nur **2.95**

WRONKER

Pforzheim



Aufruf betr. Nothilfe!

Die Arbeitslosigkeit hat im ganzen Reiche und nicht minder in unserm Bezirk einen früher nicht gekannten Umfang angenommen. Die Not derjenigen Arbeitslosen, die keine Arbeitslosenunterstützung beziehen, ist groß. Besonders groß ist sie in kinderreichen und kranken Familien. Das Ende der wirtschaftlichen Krise ist noch nicht abzusehen. Die öffentliche Fürsorge ist allein nicht im Stande, alle Noth zu beheben, viele wollen auch nicht um Unterstützung an die Gemeinde herantreten. Das drohende Elend kann nur überwunden werden, wenn alle Kreise des Volkes zusammenstehen und die Not gemeinsam tragen. Wer noch Arbeit und Verdienst hat, ist verpflichtet, dem in Not befindlichen Volksgenossen beizustehen.

Wir richten mit Unterstützung der württembergischen Regierung und Empfehlung der Vereinigung württ. Arbeitgeberverbände E. V. an die Bevölkerung die dringende Aufforderung, sich der materiellen und seelischen Bedrängnis der Nothleidenden kräftig anzunehmen, sei es in unmittelbarer Hilfe von Mensch zu Mensch oder durch Beiträge an den Bezirkswohltätigkeitsverein, der sich als Organisation der freien Liebestätigkeit zur Aufgabe gestellt hat, in besonderen Nothfällen der Einwohner unseres Bezirks helfen einzuspringen. Daß der Verein bisher seine ausgedehnte Tätigkeit entfalten konnte, dankt er einem verhältnismäßig kleinen Kreise von Wohltätern, die immer wieder durch ihre Spenden helfen. Wir wenden uns in dieser außerordentlichen Nothzeit an **alle Kreise** der Bevölkerung, auch an die Geschäftswelt und die Arbeiterschaft, soweit sie nicht selbst von der Arbeitslosigkeit betroffen sind, uns die Erfüllung unserer Aufgaben durch Spenden zu ermöglichen. Solche werden von den Pfarrämtern und Bürgermeistern entgegengenommen oder können auf das Konto Nr. 67 des Bezirkswohltätigkeitsvereins bei der Oberamts Sparkasse Neuenbürg überwiesen werden.

Für den engeren Ausschuß des Bezirkswohltätigkeitsvereins:

Dekan Dr. Megerlin. Landrat Lempp. Stadtpfarrer Vogel.
Bürgermeister Knobel. Sparkassen-Direktor Kohler. Oberamtspfleger Kienzle.

Gewerbeschule Neuenbürg. Aufforderung zur Anmeldung.

Der Unterricht im Schuljahr 1931/32 beginnt am Mittwoch den 15. April 1931.

Zum Besuch der Schule sind sämtliche in gewerblichen und kaufmännischen Betrieben der Stadt Neuenbürg beschäftigten Lehrlinge und Schülern unter 18 Jahren verpflichtet. **Probzeit entbindet nicht von der sofortigen Anmeldung.**

Lehrstellenlosen Schülern wird in ihrem eigenen Interesse empfohlen, sich bei Schulbeginn anzumelden.

In auswärtigen Gemeinden beschäftigte Lehrlinge werden ebenfalls aufgenommen.

Es haben zu erscheinen:

1. Neueintretende Schüler Mittwoch den 15. April, vormittags 8 Uhr,
2. die Schüler der seitherigen Klasse I, jetzigen Klasse II Mittwoch den 15. April, nachmittags 2 Uhr,
3. die Schüler der seitherigen Klasse II, jetzigen Klasse III Donnerstag den 16. April, vormittags 8 Uhr.

Den Eltern der neuereintretenden Schüler wird empfohlen, die erforderlichen Lehrmittel erst anzuschaffen, wenn der Klassenlehrer dazu auffordert.

Ausdrücklich wird auf nachstehende Bestimmungen des Gesetzes betr. die Gewerbe- und Handelsschulen hingewiesen.

Die Gewerbe-Unternehmer sind verpflichtet:

1. ihre zum Besuch der Gewerbeschule verpflichteten Betriebsangehörigen spätestens am vierten Tag nach ihrem Eintritt beim Schuloorstand schriftlich anzumelden und in gleicher Weise spätestens am vierten Tag nach dem Austritt abzumelden,
2. ihnen die zum Schulbeginn nötige freie Zeit zu gewähren, sie zu pünktlichem und regelmäßigem Besuch anzuhalten und diesen zu überwachen.

Zumüberhandlungen werden nach den gesetzlichen Bestimmungen bestraft.

Ueber die Schulverhältnisse bestimmt § 15 der Vollzugsvorschrift zum Gewerbebeschulgesetz:

Die Schüler dürfen den Unterricht ohne genügenden Grund weder ganz noch teilweise veräumen.

Ist ein Schüler durch Krankheit am Besuch des Unterrichts verhindert, so ist es Aufgabe des Gewerbeunternehmers, bei dem er beschäftigt ist (bzw. wenn er nicht in Arbeit steht, der Eltern oder des Vormunds), ihn bei seinem Wiedererscheinen zu entschuldigen, erstreckt sich die Krankheit über zwei Schultage weg, so hat die Entschuldigung spätestens am zweiten Schultag beim Schuloorstand zu erfolgen.

Soll ein Schüler aus dringenden Gründen vorübergehend vom Besuch der Schule befreit werden, so ist dem Schuloorstand **vorher**, wenn möglich durch Vermittlung des Schülers selbst, ein schriftliches Befreiungsgesuch vorzulegen, das vom Gewerbeunternehmer (bzw. den Eltern oder dem Vormund) auszugehen hat. Das Gesuch muß so begründet sein, daß ohne weiteres beurteilt werden kann, ob die Beurteilung des Schülers zulässig ist.

Geschäftliche Inanspruchnahme kann nur in Nothfällen als ausreichender Entschuldigungsgrund angesehen werden; auswärtige Arbeit entschuldigt nur dann, wenn der Schüler durch den Besuch der Schule mehr als einen halben Tag an der Arbeit veräumen mußte.

Neuenbürg, den 20. März 1931.

Der Schuloorstand:

Dipl.-Ing. Kelle, Gewerbeschulrat.

Obernhausen.

Auto-Vermietung Bodamer

Telefon 192
zur „Traube“

Kleintarif

Gefangbücher

zu haben in der **E. Nech'schen Buchhandlung.**

Württ. Schwarz-
wald-Berein
Ortsgr. Neuenbürg.

Wanderung
am Sonntag den 22. d. Mts.,
nachmittags, von Calmbach
aus in Richtung Klein-Enzhol.
Abfahrt in Neuenbürg mit
Sonntagsfahrkarte 12.37 bezw.
12.40 Uhr.
Vorführer E. F. J. J.

Sonderangebot!
1 Tafel = 100 Gramm
**Vollmilch-Ruß-
Schokolade**
nur 19
(solange Vorrat reicht).
Ferner
**große Auswahl in
Oster-Eiern,
Schokoladen**

**Lebensmittelhaus-
indemann**

Neuenbürg, Telefon 191

Spiellarten

wie Gaijels, Tarock-Karten
usw. empfiehlt

E. Nech'sche Buchhandlung
Neuenbürg — Telefon Nr. 4

Birkenfeld.

**Einige Grundstücke
sowie einen Garten**

beim Hotel zu verpachten oder
zu verkaufen. Zu erfragen
Baumgartenstr. 38, part.

Haushalt

für Ihre Vorbereitungen zum Osterfest



Unser Schlager:

1 Tafel-Service für 6 Personen (wie Abbildung)
6 Tafelmesser, 6 Eßlöffel, 6 Gabeln (Alpacca)
und 6 Weingläser zusammen

25.-

Gedecke mit modernen Dekoren 1.48, **95**
Obtschalen in verschiedener Aus-
führung 68, **45**
Kuchenteller bunte Ausführung 95, **50**
Eier-Service bunt, 8 teilig . . . 1.35, **95**
1 Posten **Vasen** besonders billig . **30**
Blum.-Dec., 1., 80.

Kaffee-Tassen m. Unterlasse, Gold-
rand 40, **25**
Porzellan-Eßteller Goldrand,
tief oder flach 45, **45**
Fleischplatten mit Goldrand 1.65, **95**
Gemüseschüssel mit Goldrand
. 95, **75**
1 Posten **Eßteller** tief oder flach . **50**

Tafel-Service
für 6 Personen,
mod. Decor m.
Rand-Muster **28⁵⁰**

Tafel-Service
für 12 Personen
mod. Form und
Randmuster **58⁰⁰**

Tafel-Service
für 12 Personen
ovale Form, mit
Goldrand 458fg. **39⁰⁰**



Kaffee-Service wie Abbildung, für **3⁵⁰**
6 Personen, mit Goldstreifen

Kaffee-Service
für 2 Personen,
moderne Muster
. 2.95, **2⁹⁵**

Kaffee-Service
für 6 Personen,
m. Kuchentellern
bunte Muster 8.50, **6⁷⁵**

Kaffee-Service
mod. Form und
Muster f. 12 Per-
sonen m. Tellern **13⁵⁰**

Bestecke, Stahlwaren

Eßlöffel od. Gabeln Britannia . . . 25, **25**
Eßlöffel od. Gabeln aus ganz rusti-
freiem Stahl 50, **50**
Tafelmesser mit schwarzem Griff,
rostfrei 50, **50**

Garnitur 1 Suppenschoöpfer
1 Gemüselöffel
1 Saucenlöffel **95**

Glaswaren, Geschenke

Likörgläser mit Fuß 25, **15**
Weingläser versch. Formen, auch
Römer mit gr. Fuß, 38, **25**
Satz Glas-Schüsseln 7 teilig
gebunden 1.25, **1²⁵**

Eier-Service mit Tablett **50**
Tortenplatte Früchte-Decor, mit
vern. Rand, 28 cm **95**

KNOPF

Pforzheim

Birkenfeld,
Etlische Wagen

**Klee- und
Wiesen-Heu**
sind zu verkaufen
Diellinger Str. 31.

Farben

Schachtel 65 Pfg.
empfiehlt
E. Nech'sche Buchhandlung.

Gewerbeverein Herrenalb.

Am Sonntag den 22. März 1931, abends 8 Uhr,
veranstaltet der Gewerbeverein im Bahnhofshotel anlässlich
der Reichshandwerkswoche einen

Lichtbilder-Vortrag

über:

1. Der Handwerker in der Gegenwart.
 2. Der Handwerker in der Vergangenheit.
- Die Einwohnerschaft wird zum Besuch freundlichst ein-
geladen. Eintritt frei.

